Frau & Politik

FU!

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

Ausgabe 1/2017 · 63. Jahrgang G2977

Gleich Berechtigt

CDU

Auf den Punkt gebracht 2

Schwerpunkt gleich berechtigt

Wo bleibt die Avantgarde? 5
Gleichberechtigung international 7
Gesetz zur Entgeltgleichheit
Pro 8
Contra 9

Frau im Gespräch
Eva Kühne-Hörmann 10

Frau & Info 11

Frauenbewegung
Protest Strickmütze 12

Frau vor Ort
Fünfte Jahreszeit in Köln 14

Frau & Info 15
Impressum 15

Liebe Frauen,

mit der Nominierung des SPD-Spitzenkandidaten hat die politische Auseinandersetzung an Fahrt aufgenommen. Bei der SPD sind alle erleichtert, dass mit Martin Schulz ein neuer Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat gefunden ist. Es macht sich aber auch Ernüchterung breit. Der Kandidat argumentiert mit falschen Zahlen. Ob es um befristete Arbeitsverhältnisse, die Abnahme prekärer Beschäftigung und mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse geht, es wird ein dunkles Bild von Deutschland gezeichnet, das so nicht den Tatsachen entspricht. Das Konrad-Adenauer-Haus kommt mit dem Faktenscheck und der Produktion von Facebook-Posts gar nicht mehr hinterher.

Während der SPD-Kandidat viel redet, ohne selbst je Regierungsverantwortung gehabt zu haben, stehen wir in der Verantwortung, bis zum Ende der Legislaturperiode zu regieren. Die Bürgerinnen und Bürger haben für einen Dauerwahlkampf bis zum 24. September kein Verständnis.

Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern intensiv darüber ins Gespräch kommen, wie wir in Deutschland 2025 leben und Wohlstand, Sicherheit und Zusammenhalt bewahren können. Dazu müssen Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Es geht darum, wie wir ein friedliches Zusammenleben in einer sich wandelnden Welt sicherstellen. Seit der neue US-Präsident Donald Trump Nationalismus und Protektionismus ins Zentrum rückt, merken plötzlich auch viele bei uns, dass nicht nur unsere Automobilindustrie Absatzmärkte im Ausland benötigt. Wir müssen über die Grundlagen für das Wohlergehen in unserem Land sprechen. Da ist nicht die Rückabwicklung der Agenda 2010 unser Thema. Es geht doch darum: Europa muss wieder seine gemeinsame Stimme finden, um sich zwischen den Kraftmeiern dieses Planeten – Trump in den USA, Putin in Russland, Erdogan in der Türkei – behaupten zu können. Auch in Deutschland läuft nicht alles perfekt, auch wir stehen vor großen Herausforderungen. Wie schaffen wir den Strukturwandel im ländlichen Raum? Wie stärken wir Familien? Wie nehmen wir jene mit, die

Titelfoto: matiasdelcarmine – stock.adobe.com

die Schule abbrechen und ihre Chancen nicht wahrnehmen können? Hier werden wir sehr konkrete Antworten geben.

Die Fachgremien der CDU haben auf Bundesebene in diesen Tagen ihre inhaltliche Arbeit abgeschlossen. Mit der CDU-Beteiligungskampagne für Mitglieder und die Öffentlichkeit geht es nun um Ihre Ideen.

Dazu gehören neue Ideen für starke Familien. So etwa über ein Baukindergeld, das junge Familien dann besonders unterstützen soll, wenn die Kinder noch klein sind. Familien wollen wir insgesamt steuerlich stärker entlasten und fördern.

Die Frauen Union fordert bei erwerbstätigen Ehepartnern die gesetzliche Anwendung der Steuerklasse IV mit Faktorverfahren beim Lohnsteuerabzug, damit deutlicher wird, was Frauen zum Familieneinkommen beitragen. Damit erhöht sich auch im Falle von Kindererziehung oder Arbeitslosigkeit die Lohnersatzleistung. Gesetzlich ist dies schon möglich. Jetzt fehlt noch die regelhafte Umsetzung im elektronischen Lohnsteuerabzugsverfahren.

Viele Frauen haben ein starkes Bedürfnis nach Sicherheit im öffentlichen Raum. Es ist Kernaufgabe des Staates, die innere Sicherheit zu gewährleisten. Kriminalität zu bekämpfen, hat einen hohen Stellenwert bei den Menschen. Innere Sicherheit ist Ländersache. Frauen leiden besonders, wenn die innere Sicherheit nicht gewährleistet ist. Die Vorkommnisse der Silvesternacht in Köln und anderen Orten vor über einem Jahr haben das gezeigt. Jede achte Frau trägt heute Reizgas bei sich. Diese Zahl macht nachdenklich und hier müssen wir durch mehr Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen ansetzen. Bei den wahlkämpfenden Landesverbänden sind diese Fragen hochaktuell. Gerade in Nordrhein-Westfalen agiert die SPD-geführte Regierung völlig „Kraft“-los.

Frauenrechte sind unser Kernanliegen und bestimmen das Schwerpunktthema dieser „Frau & Politik“. Zum Gesetzentwurf zur Lohngleichheit und -transparenz haben wir ein Pro und Contra des DGB und der Arbeitgeber, einen kritischen Blick auf die Gleichstellung in Kultur und Medien wirft Kulturstaatsministerin Monika Grütters und die internationale Sicht kommt von den Entwicklungs- bzw. Außenpolitikerinnen Sibylle Pfeiffer und Elisabeth Motschmann. Im Sommer sehen wir dann, welche Empfehlungen der Verband der Unternehmerinnen und der Deutsche Frauenrat im Rahmen der G20-Verhandlungen zur Stärkung der Rolle von Frauen zur Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft einbringen kann. Auch in diesem Prozess sind wir dabei.

Herzlichst,

Ihre Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz
Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands

Foto: XtravaganT – stock.adobe.com

Frauen stärken

Gleichstellungspolitik hat sich noch nicht erledigt! Ob in Kultur und Medien oder im Arbeitsleben – für gleiche Chancen von Frauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft müssen Frauen weiter kämpfen.

Die Lebenssituation für Frauen in der Welt sieht sehr unterschiedlich aus. Gerade in Entwicklungsländern sind die gesellschaftlichen und rechtlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau sehr hoch. Hier setzt die deutsche Entwicklungspolitik wichtige Akzente.

Mit dem Beginn der deutschen G20-Präsidentschaft am 1. Dezember 2016 startete auch der zivilgesellschaftliche frauenpolitische Dialog der Women20 (W20). Die Rechte und Chancen von Frauen weltweit, heute und morgen. Mit Mut, Zusammenhalt und Engagement für Frauenrechte.

Foto: Bundesregierung/Plambeck

Kulturstaatsministerin Monika Grütters hat den Runden Tisch „Frauen in Kultur und Medien“ initiiert, um die Chancen von Frauen in Kultur und Medien zu verbessern.

Wo bleibt die Avantgarde?

Kultur als Speerspitze des gleichstellungspolitischen Fortschritts: Mit diesem Fazit hätte die von meinem Haus geförderte und 2016 veröffentlichte Studie „Frauen in der Kultur“ des Deutschen Kulturrats sicherlich weit über die Branche hinaus für Aufsehen gesorgt. Doch Fakt ist: Im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern machen Kunst und Kultur ihrem Ruf und ihrem Selbstverständnis als gesellschaftliche Avantgarde leider bis heute keine Ehre. Kein Wunder – denn ungleiche Chancen haben auch hier eine lange Geschichte. So wurden künstlerische Fähigkeiten Frauen über Jahrhunderte schlicht abgesprochen – von der künstlerischen Ausbildung waren sie lange ausgeschlossen. Wo es ihnen dennoch gelang zu reüssieren, bremsten gesellschaftliche Konventionen die weibliche Schaffenskraft. So stellte der Kunsthistoriker Wilhelm Lübke 1862 mit Befriedigung fest: „Sie haben über Pinsel und Palette nicht die Sorge für die Kinder und den Mann, über den Farbtöpfen nicht die Kochtöpfe […] vergessen […]. Solange sie so treffliche Töchter, Gattinnen und Mütter sind, mögen wir, dünkt mich, es leichter ertragen, wenn sie keine Raffaels und Michelangelos werden.“ Zwar gab es zum Glück zu allen Zeiten Frauen, die sich nicht damit begnügten, „treffliche Töchter, Gattinnen und Mütter“ zu sein – und die auch noch den Mut hatten, ihren eigenen Stil zu finden statt Raffaels oder Michelangelos sein zu wollen. Doch das enge Rollenkorsett, das die Entfaltung und die Anerkennung ihrer Talente behinderte, wurden sie trotzdem nicht los.

Auch heute – das zeigt die Studie des Deutschen Kulturrates – sind Chancen und Anerkennung in den kreativen Branchen nach wie vor sehr unterschiedlich zwischen den Geschlechtern verteilt. Das betrifft nicht nur die Teilhabe an Führungspositionen in den Kultureinrichtungen, in den Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft, in den Kulturverbänden und auch in den Redaktionen, wo fast ausschließlich Männer an den Schaltstellen der Macht und damit der Meinungsbildung sitzen. Auch in Gremien und Jurys, in denen über die Vergabe von Fördermitteln entschieden wird, sind Frauen deutlich in der Minderzahl. Wundert es da noch jemanden, dass Frauen insgesamt nur etwa 15 Prozent der öffentlichen Mittel zur Kunstförderung erhalten, dass Frauen seltener als Männer mit Preisgeldern und Auszeichnungen bedacht werden, dass Frauen mit ihren Werken auch am Kunstmarkt und in der Kunstszene weniger präsent sind als Männer, und dass sie im Durchschnitt deutlich weniger verdienen?

Die Ursachen mangelnder Geschlechtergerechtigkeit, auch das zeigt die Studie, sind so vielfältig wie die Kultur- und Medienbranche selbst: Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehören genauso dazu wie Rollenstereotype, die vor allem Männern Qualitäten wie Kreativität und Schaffenskraft, Durchhaltevermögen und Leidenschaft zuschreiben. Die eine Stellschraube, an der man nur drehen muss, um Ungerechtigkeiten zu beseitigen, gibt es nicht. Umso wichtiger ist es, überall dort hartnäckig zu bleiben, wo konkrete Veränderungen möglich sind. Deshalb habe ich beispielsweise dafür gesorgt, dass die Förderkommissionen der Filmförderungsanstalt künftig geschlechterparitätisch besetzt werden, damit sich künftig hoffentlich auch mehr von Frauen geprägte Filmprojekte durchsetzen können.

Foto: Bundesregierung/Plambeck

Darüber hinaus haben wir im Erfahrungsaustausch am Runden Tisch „Frauen in Kultur und Medien“, den ich 2016 ins Leben gerufen habe, Lösungsansätze identifiziert, die geeignet sind, die Chancen von Frauen in Kultur und Medien insgesamt zu verbessern. Wir brauchen, erstens: mehr starke weibliche Rollenvorbilder. Frauen müssen, zweitens: noch besser auf Führungsaufgaben vorbereitet werden, etwa durch Coachings oder Mentorinnenprogramme. Drittens: der notwendige Kulturwandel in einer männlich geprägten Arbeitskultur muss vor allem von oben kommen. Auf dieser Grundlage wollen wir am Runden Tisch gemeinsam mit Führungskräften aus Politik, Kultur, Medien, Verbänden und Hochschulen konkrete Maßnahmen für mehr Chancengleichheit in Kultur und Medien entwickeln. Unser Ziel ist, Punkt für Punkt benennen zu können, was sich ganz konkret im Sinne fairer Chancen von Frauen verändern soll: in den Kultureinrichtungen, in den Gremien und Jurys, in den Redaktionen, in den Verbänden, in der Kultur- und Kreativwirtschaft usw.

Dass es sich lohnt, dafür zu kämpfen, zeigen die hier und da erkennbaren Fortschritte der vergangenen Jahre: So ist beispielsweise der Frauenanteil in Führungspositionen staatlicher Einrichtungen – insbesondere in Bibliotheken und Museen – in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.

Nicht zuletzt kommt es auch darauf an, erfolgreiche Frauen und ihr Können stärker sichtbar zu machen als Vorbilder für andere Frauen und um den – voremanzipatorischen Zeiten entstammenden – Geschlechterklischees, die die Leistungen von Männern bis heute in hellerem Licht erstrahlen lassen, überzeugende Beispiele weiblicher Schaffenskraft entgegenzusetzen. Mit Genugtuung dürfen wir Frauen in diesem Zusammenhang durchaus auch darauf verweisen, dass die Werke so mancher einst hoch geschätzter und gut bezahlter Künstler heute in den Depots verstauben, während damals unter Wert gehandelte Künstlerinnen heute berühmt sind und hohe Preise erzielen.

Anton von Werner beispielsweise verweigerte 1904 als Berliner Akademiedirektor 200 Künstlerinnen den Zugang zum Studium – überzeugt davon, dass Frauen nicht malen können. Eine dieser Frauen war Käthe Kollwitz. Sie stellt einen Anton von Werner heute nicht nur in der Kunstgeschichte, sondern auch auf dem Kunstmarkt in den Schatten: Ein kleines Aquarell von ihr kostet mittlerweile zehnmal so viel wie ein großformatiges Ölbild von ihm. Solche Fälle später Gerechtigkeit für zunächst unterschätzte Künstlerinnen bleiben vermutlich eher die Ausnahme. Sie zeigen aber, was einer Gesellschaft, in der Frauen weniger Chancen haben als Männer, an künstlerischer und kultureller Vielfalt verloren geht. Vor diesem Hintergrund stünde es Deutschland gut zu Gesicht, wenn Kunst und Kultur sich auch in Sachen Gleichberechtigung als gesellschaftliche Avantgarde präsentierten – frei nach Kurt Tucholsky: Es gibt für eine Kulturnation keinen Erfolg ohne Frauen.

Prof. Monika Grütters MdB
Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin

Gleichberechtigung international

Foto: Laurence Chaperon

Frauenrechte sind universell, unveräußerlich und unteilbar – und dennoch bleibt Vieles zu tun. Laut Weltbank beinhalten rund 150 nationale Gesetzgebungen restriktive Vorgaben, die Frauen in ihrer wirtschaftlichen Teilhabe und Entfaltung behindern.

„Frauenrechte sind Menschenrechte." Diese so kurze wie triviale Aussage ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Doch leider ist die Lebenssituation für Frauen in der Welt sehr unterschiedlich. Gerade in Entwicklungsländern sind die gesellschaftlichen und rechtlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau sehr hoch.

Daher hat die deutsche Entwicklungspolitik Gender-Politik zu ihrem Schwerpunkt gemacht, um zur Überwindung der Benachteiligung von Frauen und Mädchen in den Partnerländern beizutragen. Im Rahmen des aktuellen Gender Aktionsplans II wird dazu ein dreigleisiger Ansatz verfolgt:

Erstens wird bei allen entwicklungspolitischen Projekten, Programmen oder Strategien unter der Überschrift Gender Mainstreaming die Geschlechterperspektive mit berücksichtigt. Das entwicklungspolitische Portfolio weist mittlerweile Vorhaben mit einzelnen Modulen zur Stärkung und Beteiligung von Frauen und Mädchen im Umfang von über 2 Milliarden Euro auf. Zweitens soll über Empowerment im Rahmen von konkreten Vorhaben gezielt die Diskriminierung von Frauen bekämpft und sie in ihren Rechten und Möglichkeiten gestärkt werden. Und drittens werden im Rahmen des Politikdialogs auf bi- und multilateraler Ebene hochrangig Frauenrechte und Gleichberechtigung thematisiert und eingefordert.

Dass die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Rechte von Frauen und Mädchen inzwischen auch international zunehmend an Bedeutung gewinnen, zeigt nicht zuletzt deren prominente Verankerung in der Nachhaltigen Entwicklungsagenda 2030.

Doch trotz aller Erklärungen und Bekräftigungen bleibt noch Vieles zu tun. Auch wenn afrikanische Frauen 70 Prozent der Nahrungsmittel produzieren, besitzen sie nur einen Bruchteil des Landes oder haben gar keinen Zugang zu eigenen Landtiteln. Ihr Anteil am informellen Arbeitssektor in Subsahara-Afrika ist mit 66 Prozent deutlich höher als der der Männer. In manchen Ländern sind über 90 Prozent der Frauen beschnitten. Die Alphabetisierungsrate von Mädchen liegt fast 10 Prozent unter der von Jungen. Dabei weiß jeder Entwicklungspolitiker um die Korrelation von Bildung und Gesundheit sowie selbstbestimmter Familienplanung und Bevölkerungsentwicklung.

Natürlich liegt es zuerst in der Verantwortung der Partnerländer, gesellschaftliche und rechtliche Veränderungen zur Stärkung der Frauen anzustoßen und umzusetzen. Die deutsche Entwicklungspolitik kann diese aber dabei in Form von Beratung und Projekt- und Programmarbeit unterstützen. So werden beispielsweise in sogenannten Sonntagscafés Frauen aus der Textilindustrie in Asien über zentrale Bestandteile des Arbeitsrechts geschult und eine App entwickelt, um ihre Rechte und Interessen besser vertreten zu können. In einem anderen Vorhaben werden in sechs afrikanischen Pilotländern Frauen mittels entsprechender Qualifizierungsangebote gezielt in Agrar- und Ernährungsfragen geschult. Die Beispiele zeigen, dass Deutschland bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und seinen Beitrag zum Schutz der Frauen vor Diskriminierung und der Stärkung ihrer Rechte weltweit leistet.

Sibylle Pfeiffer MdB ist Vorsitzende der
AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Foto: DGB/Simone M. Neumann

Im parlamentarischen Verfahren wird zurzeit das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen beraten. Braucht es eine gesetzliche Regelung zur Entgeltgleichheit?

Gesetz zur Entgeltgleichheit

Pro

Because it's 2015! So lautete die Antwort des kanadischen Premiers auf die Frage, warum er für sein neues Kabinett genauso viele Frauen wie Männer ausgesucht hatte. „Because it's 2015!" – weil Gleichstellung selbstverständlich sein sollte. Doch wie steht es um sie, hierzulande, im Jahr 2017? Da gibt es noch deutlich Luft nach oben, etwa bei der Bezahlung. Und genau dort setzt das Lohntransparenzgesetz an. Frauen müssen für die gleiche Arbeit auch genauso bezahlt werden wie Männer – das ist bereits geltendes Recht. Dennoch bekommen sie durchschnittlich 21 Prozent weniger Gehalt als ihre Kollegen. Ein Teil dieser Lohnlücke geht darauf zurück, dass Frauen seltener in Führungspositionen, öfter Teilzeit und in Minijobs arbeiten oder etwa eine Babypause machen. Ja, deswegen gilt es, die Angebote der Kinderbetreuung auszubauen, partnerschaftliche Arbeitszeitmodelle zu unterstützen und generell frauendominierte Berufe besser zu bezahlen. Auch die Quote war und ist aus diesem Grund richtig. Aber von den erwähnten 21 Prozent lassen sich sieben Prozent ebenso nicht erklären – laut Statistischem Bundesamt. Und selbst wirtschaftsnahe Institute können diesen ungeklärten Rest lediglich auf zwei Prozent herunterrechnen. Das mag nach wenig klingen. Aber rechnen Sie mal nach, was zwei Prozent weniger Gehalt im Monat, hochgerechnet aufs Jahr oder auf das gesamte Berufsleben finanziell ausmachen.

Über die ungeklärte Lohnlücke wissen wir lediglich, dass sie in Betrieben mit Tarifvertrag und Betriebsrat kleiner ist als in tarifungebundenen Betrieben ohne Mitbestimmung. CDU, CSU und SPD haben den Handlungsbedarf erkannt. Nach zweijährigen Beratungen und unter massivem Widerstand der Arbeitgeber wurde der Gesetzentwurf in diesem Januar vom Kabinett beschlossen. Und das ist gut so – auch wenn wir Gewerkschaften uns mehr gewünscht hätten, denn betriebliche Prüfverfahren sind nicht verpflichtend vorgeschrieben. Mit ihnen ließe sich unmittelbare Diskriminierung (wenn der Kollege trotz gleicher Tätigkeit mehr verdient) ebenso aufdecken wie mittelbare Diskriminierung (wenn der Kollege trotz gleichwertiger Tätigkeit mehr verdient) – oder eben belegen, dass es keine Benachteiligung gibt.

Zentrales Element ist der individuelle Auskunftsanspruch in Betrieben ab 200 Beschäftigten. Das ist ein gutes Zeichen. Frauen haben jetzt das Recht nachzufragen, wie sie im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen bezahlt werden. Damit wird endlich das Tabu gebrochen, über Geld nicht zu sprechen. Auch das ist gut so! Ob dieser Auskunftsanspruch praxistauglich ist, eine Kollegin tatsächlich damit rechtssicher Entgeltdiskriminierung nachweisen kann und dann entsprechend höher bezahlt wird, muss sich noch zeigen.

Der bürokratische Aufwand dieses Gesetzes dürfte geringer sein als bei der Autobahnmaut. Streitpunkt ist der Rechtsanspruch auf Einblick in Gehaltsstrukturen. Die will anscheinend keiner gewähren – damit die ungeklärte Entgeltlücke weiter im Dunkeln bleibt. Holen wir sie da raus!

Elke Hannack ist stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsverbundes (DGB)

Foto: BDA Chaperon

Contra

Fotos Pro und Contra: kartoxjm – stock.adobe.com

Frauen und ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt – schon heute eine Erfolgsstory, auch wenn es noch Luft nach oben gibt. Die Quote der erwerbstätigen Frauen ist kontinuierlich gestiegen, Frauen erreichen öfter Führungspositionen als früher und Mütter kehren schneller zurück aus der Elternzeit. Viele Frauen sind gut oder sogar hervorragend qualifiziert und wollen ihr Wissen und Können beruflich einbringen. Gut so!

Doch ausgerechnet die Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig verbreitet ein merkwürdig verzerrtes Bild: Frauen hätten viel schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt und würden 21 Prozent weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Mit dieser Zahl schiebt sie die Frauen zu Unrecht in die Opferrolle: Ein Unterschied von 21 Prozent entsteht nur dann, wenn das durchschnittliche Entgelt aller Arbeitnehmerinnen mit dem aller männlichen Arbeitnehmer verglichen wird. Hierbei wird ein Metallvertriebsingenieur mit einer Einzelhandelskauffrau verglichen oder ein Geschäftsführer mit einer Berufseinsteigerin. Es werden nicht „Kolleginnen mit Kollegen“ beim gleichen Arbeitgeber verglichen. Bezieht man die Unterschiede ein, schrumpft der Wert auf rund 2 Prozent (Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut).

Ist schon der Befund falsch, bringt die Therapie nichts Gutes. So wird auch das Entgelttransparenzgesetz den Frauen nicht helfen. Stattdessen belastet es die Wirtschaft mit zusätzlicher Bürokratie: Auskunftsverfahren, Berichtspflichten und Aufforderungen zu Prüfverfahren. Gewinner wären vor allem Personalberatungen mit teuren Analysetools und Kanzleien, die weiterhin bestehende Unklarheiten des Gesetzes beantworten dürfen: Welche Tätigkeiten sind vergleichbar? Darf der Dienstwagen mit dem Kita-Zuschuss verglichen werden? Wie werden individuelle Zielvereinbarungen gehandhabt? Was bedeutet „regelmäßig“ beim Prüfverfahren?

Was wirklich hilft, ist, die Erwerbs- und Karrierechancen von Frauen gezielt zu verbessern. Familie und Beruf zu vereinen, muss für Eltern leichter möglich sein. Dadurch könnten und würden Frauen häufiger besser bezahlte Berufe ergreifen. Dazu sind insbesondere hochwertige, passende und bezahlbare Ganztagsbetreuung und Ganztagsschulen notwendig. Zudem muss professionelle Hilfe bei der Familienarbeit, die meist die Frauen übernehmen, gefördert werden.

Wir brauchen auch Änderungen im Sozialversicherungs- und Steuerrecht, damit sich die Erwerbstätigkeit beider Ehepartner lohnt. Und vor allem müssen wir bei der Berufsorientierung- und beratung wegkommen von traditionellen Rollenbildern und Klischees, hin zu mehr Frauen in technischen Branchen und mehr Männern in sozialen Berufen! Das ist eine Mammutaufgabe, keine Frage. Das geplante Gesetz leistet zu diesen Zielen aber keinen Beitrag. Im Gegenteil: Es erweist den Frauen einen Bärendienst.

Steffen Kampeter ist Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Foto: Hessisches Ministerium für Justiz

„Frau mit Weitblick“ nannte BILD sie vor zwei Jahren – längst gilt die hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann als Top-Expertin für innere Sicherheit.

Nicht Hardlinerin, sondern Realistin

Sie verfolge stets die Politik der harten Linie, sei hyperaktiv und offenbar geltungsbedürftig, so lauteten die Vorwürfe ihrer politischen Gegner – jedenfalls bis vor kurzem. Inzwischen haben die Kritiker wohl eingesehen, dass sie vorausschauend war und viele Forderungen der hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann nicht nur berechtigt waren, sondern aktuell in der Gesetzgebung des Bundes angekommen sind. Die studierte Juristin ist seit 2009 Ministerin und nimmt derlei Anwürfe ohnehin sportlich: „Wenn man angesichts von Erfahrung und Fakten weiß, dass die eigene Position stimmt und man sich dann noch damit durchsetzt, nenne ich das Erfolg.“

Kühne-Hörmann war die erste Justizministerin, die schon Anfang 2014 – ein Jahr bevor sich nach der Flüchtlings- und Migrationswelle auch andere damit befassten – ein Verbot der „Dschihad-Reisen“ aus Deutschland in den Nahen Osten forderte. „Die reisen teilweise mit deutschen Pässen aus, radikalisieren sich dort und kommen als tickende Zeitbomben wieder rein“, erklärt sie. „Da ist es doch nur logisch, dass man schon die Ausreise verhindern muss.“ Nachdem sich der UN-Sicherheitsrat ein halbes Jahr später auf ein solches Verbot einigte, wurde es auch in Deutschland umgesetzt. Danach ist bereits der Versuch der Ausreise zur Vorbereitung terroristischer Gewalttaten strafbar.

Ähnlich dezidierte Ansichten wie beim Ausreise-Verbot vertritt die Ministerin schon lange bei Themen wie mehr Videoüberwachung, Kampf gegen Internetkriminalität, Schutz vor Stalkern und dem Einsatz der elektronischen Fußfessel bei Islamisten: „Angesichts der großen Herausforderungen ist der Rechtsstaat mehr denn je gefordert. Für einen wehrhaften Staat müssen alle Instrumente konsequent eingesetzt und weiterentwickelt werden, die erfolgversprechend sind.“ Es gebe bei der inneren Sicherheit in Deutschland eine völlig andere Lage als noch vor fünf Jahren, dem müsse man sich stellen. Angesichts der Anschläge in Ansbach und Berlin sowie der zahlreichen Festnahmen Terrorverdächtiger „muss der Staat handeln, bevor etwas passiert, und nicht erst danach die Gesetze verschärfen“, betont Kühne-Hörmann.

Beliebt macht sich die durchsetzungsstarke und gelegentlich ungeduldige Ministerin mit diesen Forderungen nicht immer, aber hinter vorgehaltener Hand gilt sie selbst im SPD-geführten Bundesjustizministerium als „positiv lästig und fachlich kompetent“.

Woher hat sie ihr Stehvermögen? War es der Griechisch-Leistungskurs in der Schule? Kühne-Hörmann lacht; tatsächlich hat sie das Abitur mit Graecum und großem Latinum abgeschlossen, und dafür braucht man eine gewisse Zähigkeit. „Geholfen hat das bestimmt“, sagt sie, „aber eigentlich habe ich nur feste Überzeugungen und Ziele. Verrückterweise wird eine Frau mit einer klaren Position oft als Hardlinerin wahrgenommen, während dies bei einem Mann schlicht als selbstverständliche Voraussetzung gilt.“ In diesem Zusammenhang bewundert sie Merkel, denn die Kanzlerin müsse oft enorme Anfeindungen aushalten, ohne dass ihr jemand unterstützend

frau & info

beispringe. „Nach wie vor funktionieren männliche Netzwerke da besser, an diesem Phänomen hat sich nichts geändert“, urteilt Kühne-Hörmann aus eigener Erfahrung.

Von 2009 bis 2014 war sie Wissenschafts- und Kunstministerin in Hessen, fiel mit diesen eher föderalen Themenfeldern aber nicht bundesweit auf. Die 55jährige lebt mit ihrem Mann, einem Strafverteidiger, ihrem 20jährigen Sohn und der 16jährigen Tochter in Kassel, wo sie selbst mit zwei Geschwistern aufwuchs. Mit 24 trat Kühne-Hörmann in die CDU ein, obwohl der Vater für die SPD Stadtkämmerer war. „Eine bewusste Entscheidung, mir passte die damalige SPD-Politik nicht“, erzählt sie. Nach dem Studium in Göttingen und Würzburg arbeitete sie im Thüringer Justizministerium als Parlamentsreferentin, war zeitweise Büroleiterin beim Kasseler Oberbürgermeister und zog 1995 in den Landtag ein. Dabei gelang es ihr, dem damaligen SPD-Ministerpräsidenten Hans Eichel das Direktmandat abzujagen. „Das Selbstbewusstsein aus diesem Erfolg und die Rückenstärke, die mir die Wähler mit ihrer Entscheidung mitgegeben haben, hat mich sicher geprägt“, sagt die heutige Ministerin. Im Landtag war sie die erste CDU-Abgeordnete, die während der Legislaturperiode ein Kind bekam, „es klingt fast merkwürdig, wenn man das heute erzählt, weil es ja gar nicht so lange her ist, aber damals musste man noch so manche Bemerkungen aushalten.“ Zum Glück habe sich das Klima heute deutlich gebessert, aber bei allen Parteien gibt es noch Handlungsbedarf, um Frauen für Politik zu begeistern.

Privat steuert Kühne-Hörmann am liebsten Motorboote, im Familienurlaub geht es regelmäßig nach England, und sie genießt diesen Ausgleich gegenüber harter Rechtsetzung und politischem Zank: „Politik darf so viel Raum einnehmen, wie es verantwortbar ist für das Leben, das man daheim teilt. Politik ist professionell nur machbar, wenn es Erfahrungen außerhalb davon gibt – und man entsprechende Unterstützung durch den Ehepartner und die Familie erfährt.“

Vera Schalck

Übergabe Staffelstab in Rheinland-Pfalz

Foto: Frauen Union Frankethal

Die Bundestagsabgeordnete Ursula Groden-Kranich wurde im März zur neuen Landesvorsitzenden der Frauen Union der CDU Rheinland-Pfalz gewählt. Die Bankkauffrau vertritt seit 2013 den Wahlkreis Mainz/Mainz-Bingen. Sie wurde von den FU-Landesdelegierten in Sprendlingen mit überzeugenden 97,8 Prozent gewählt. Damit folgt Ursula Groden-Kranich auf die Europaabgeordnete Birgit Collin-Langen, die seit 2001 Vorsitzende der Frauen Union war. Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands Annette Widmann-Mauz würdigte die Verdienste von Birgit Collin-Langen in ihrer 16-jährigen Amtszeit: „In mancher CDU-Sitzung und auf Parteitagen hast Du die Flagge für die Frauen hochgehalten. Sei es bei den immer strittigen Personalfragen oder indem Du klargemacht hast, wo Frauen der Schuh drückt.“

Im Bundestag ist Ursula Groden-Kranich im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie ist dort Berichterstatterin für das Entgelttransparenz-Gesetz. Die Anliegen der Frauen Union und die politischen Widerstände, die das mitunter hervorruft, kennt sie genau. Viel Erfolg dem neuen Landesvorstand.

Übergabe Staffelstab in Nordrhein-Westfalen

Foto: Frauen Union Nordrhein-Westfalen

Ina Scharrenbach, Landtagsabgeordnete aus Kamen, ist die neue Landesvorsitzende der Frauen-Union der CDU Nordrhein-Westfalen. Sie wurde mit 92,19 Prozent gewählt. Nach sechs Jahren an der Spitze gab die Parlamentarische Staatssekretärin Ingrid Fischbach MdB aus Herne den Staffelstab weiter. In ihrem Videogrußwort dankte die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands Annette Widmann-Mauz der scheidenden Vorsitzenden Ingrid Fischbach für ihre politischen Erfolge in der Frauen- und Familienpolitik: „Dabei war und ist es Dir immer wichtig gewesen moderne Lebensentwürfe von Frauen durch geeignete Rahmenbedingungen möglich zu machen. Zugleich hattest Du auch diejenigen im Blick, die noch nicht die Chancen besserer Ausbildung und Bildung von Frauen und einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung in der Familie nutzen konnten.“ Die neue Landesvorsitzende Ina Scharrenbach zu ihrem Auftrag: „Die Frauen Union ist eine starke Partnerin an der Seite der CDU – so war es und so soll es bleiben. Die Frauen Union versteht sich als Motor der Belange von Mädchen und Frauen in der Politik und in der CDU. Es bleibt auch in der Zukunft viel zu tun.“

Protest Strickmütze

Foto: Motschmann

„Pussy Hat“ – die neue Frauenbewegung in den USA? Mützen stricken als provokante Reaktion auf ein Trump-Zitat.

„Pussy Hat“ nennt sich das Projekt, das sich um den Frauenmarsch einen Tag nach der Amtseinführung von Donald Trump gebildet hat und quer durch das politisch linke Lager mobilisiert. Als Anspielung auf die frivole Aussage Donald Trumps: „grap them by the pussy“, in der er dazu aufforderte, Frauen in den Schritt zu fassen, dient das Stricken und Tragen von rosa Fellmützen mit Katzenohren. Was soll diese Bewegung und was bleibt von ihr? Entwickelt sich in den USA eine neue Frauenbewegung oder bleibt nur der Widerstand gegen eine respektlose und chauvinistische Haltung?

Seit dem Wahlsieg von Donald Trump hat der Protest von Frauen wieder Konjunktur.

In den USA und in vielen Ländern der Welt gehen Frauen auf die Straße – selbstbewusst, kämpferisch und schrill. Den Anstoß gab Theresa Shook, eine in Hawaii lebende ehemalige Anwältin. Eine Frage auf ihrer Facebook-Seite elektrisierte die Frauen. „Was wäre, wenn sich am Tag nach der Amtseinführung alle Frauen Amerikas zusammenschließen und gemeinsam marschieren würden?“ Die Rentnerin Theresa Shook konnte nicht ahnen, dass ihre Initiative, „Pussy Hat“, dazu führte, dass sich am Ende allein in den USA 4,2 Millionen Menschen an den Protestmärschen am 21. Januar 2017 beteiligten. Alter, Generation, Rasse oder soziale Herkunft spielten keine Rolle. Mit dabei auch Prominenz aus Film, Literatur, und Kunst. Hinzu kamen ca. 600 Solidaritätsmärsche in 81 Ländern weltweit, auch in Berlin. Die Bilder von Menschenmengen, in denen jeder Teilnehmer eine rosa Wollmütze mit Katzenohren trug, bleiben im Gedächtnis.

Es ist nicht neu, dass sich politische Bewegungen über textile Codes definieren. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts waren die Frauenrechtlerinnen („Suffragetten“), die für das Versammlungs- und Wahlrecht der Frauen kämpften, an Farben erkenntlich: Violett, Weiß und Grün. Violett für Würde, Weiß für Reinheit, Grün für Hoffnung. In Polen trugen die Frauen, die gegen ein Abtreibungsverbot demonstrierten und zu Tausenden auf die Straße gingen, die Farbe Schwarz.

Was aber verbirgt sich inhaltlich hinter dieser neuen Frauenbewegung?

Aktuell ist es die Enttäuschung über die Wahl Donald Trumps und dessen rückwärtsgewandtes Frauenbild. In der Gesamtheit hat die Mehrheit der Frauen ihn nicht gewählt, wohl aber 53 Prozent der weißen amerikanischen Frauen. Der Unterschied zwischen männlichem und weiblichem Wahlverhalten betrug 11 Prozent. Das ist viel.

Hillary Clinton war für viele keine Alternative. Galt sie doch auch nicht als Ikone des Feminismus, wenngleich sie selbst sich als Feministin bezeichnete. Man rechnete sie zum verhassten Washingtoner Establishment. Sie gilt als kalt, unnahbar und überhaupt nicht volksnah.

Die größte Sorge der Amerikanerinnen, die sich in der „Pussy Hat“-Bewegung organisieren, besteht darin, dass Donald Trump elementare Frauenrechte einschränken und zum Beispiel Abtreibungen erneut kriminalisieren könnte. Dafür wurde ein konservativer Richter für den Supreme Court nominiert. Einer der engagiertesten Abtreibungsgegner ist Trumps Vizepräsident Mike Pence. Eine der ersten Amtshandlungen war die Streichung von Zuschüssen für Organisationen, die im Ausland Schwangerschaftsberatungen durchführen. Diese Kürzungen haben weitreichende Konsequenzen für Frauen auf aller Welt –

insbesondere in Schwellenländern. Als George W. Bush diese Gelder 2001 schon einmal gestrichen hatte, stieg die Abtreibungsrate laut der Weltgesundheitsorganisation WHO in Afrika, anstatt zu sinken.

Ob die „Pussy Hat"-Bewegung auf Dauer Erfolg haben wird, wenn sie das Abtreibungsthema zentral und ausschließlich in den Mittelpunkt ihres Protestes stellt, muss jedoch bezweifelt werden. Trump unterscheidet sich in seiner Ablehnung der Abtreibung nicht von anderen republikanischen Präsidenten. Nur Bill Clinton und Barak Obama hatten eine liberalere Haltung und erlaubten, dass staatliche Gelder an Organisationen im Ausland fließen dürfen, die neben Schwangerschaftsberatungen auch Abtreibungen ermöglichen.

Auch die Pro-Life-Bewegung ist stark in Amerika. Unterstützt wird sie von der „Tea Party", von der katholischen Kirche, von den Evangelikalen, von weiten Teilen der Republikaner und von vielen kleineren und größeren Organisationen. Sie alle hoffen, dass auch im Inland das Geld für Planned Parenthood gestrichen wird, auch wenn dafür eine Gesetzesinitiative im Kongress erforderlich wäre.

Die „Pussy Hat"-Bewegung ist in Amerika auf fruchtbaren Boden gefallen. Woran liegt das? Vielen Frauen geht es schlecht. Darüber kann auch die steigende Zahl weiblicher Spitzenverdiener nicht hinwegtäuschen. Armut ist weiblich. Arbeitslosigkeit ist überwiegend weiblich. Schlechte Jobs, schlechte Bezahlung, Beschäftigung zu Hungerlöhnen, insbesondere im gering bezahlten Dienstleistungsgewerbe, sind an der Tagesordnung. Außerdem gibt es eine große Zahl von „single mothers". Sie leben unter schwierigen Bedingungen. Wenn dann noch Obamas Health-Care wegfällt, wird es noch dramatischer.

Der Women's March darf sich nicht ausschließlich als Anti-Trump-Demonstration verstehen. Dann hat sie keine Zukunft. Donald Trump ist nicht verantwortlich dafür, dass Frauen noch immer in der amerikanischen Gesellschaft benachteiligt sind. Diese Situation erbte er von seinen Vorgängern. Er wird die Situation vermutlich nicht verbessern, sondern seinerseits zu einem Klima beitragen, das Frauen benachteiligt.

Bestes Beispiel dafür ist die Zusammensetzung seines Kabinetts. Es ist fast ausschließlich männlich. Lediglich drei Frauen wurden von ihm in einem Land benannt, das viele kluge, gut ausgebildete und politisch erfahrene Frauen aufweisen kann.

Wenn „Pussy Hat" die schlechte wirtschaftliche Situation vieler Frauen, die geringeren Chancen auf dem Arbeitsmarkt, die Lohnlücke von Männern und Frauen, die nach wie vor mangelhafte Gesundheitsversorgung, Gewalt gegen Frauen, die schlechte Repräsentanz von Frauen in den Führungsetagen der Politik oder der Wirtschaft thematisiert, hat sie eine Zukunft, eine Anti-Trump-Bewegung wird sich totlaufen.

Am 15. April 2017 sollen erneut Protestmärsche stattfinden. Dann soll Donald Trump aufgefordert werden, seine Steuererklärung offenzulegen. Das ist wenige Tage vor dem „tax day", an dem die Steuererklärungen abgegeben werden müssen. Die Steuererklärung Donald Trumps wird keiner Frau in den USA helfen und den Präsidenten nicht zu Fall bringen. Im Übrigen wird dieses Thema voraussichtlich nicht so viele Menschen auf die Straße bringen. Die rosa Strickmützen werden daran nichts ändern.

Die Frauenbewegung kann nur zum Erfolg werden, wenn sie nicht nur die Seelen der Linken bedient. Themen gibt es genug, die Frauen auf den Plan rufen müssen: die fehlende Gleichberechtigung in vielen Bereichen der Gesellschaft muss ihr Thema sein. Doch gleich wie sich die „Pussy Hats" entwickeln, es bleibt ein farbenfroher Aufschrei gegen Sexismus, der als solches weltweit Gehör gefunden hat.

Elisabeth Motschmann MdB ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages

Foto: picture alliance/ZUMA Press

Foto: Frauen Union Köln

Kölle Alaaf! Erstmalig nahm eine Delegation des Bundesvorstandes der Frauen Union der CDU an der Mädchensitzung der Kölner Frauen Union teil. Seit Jahrzehnten feiern FU-Frauen aus Nordrhein-Westfalen und jetzt auch aus ganz Deutschland in der Kölner Karnevalssession.

Fünfte Jahreszeit in Köln

Die Organisatorin

Die Idee einer Karnevalssitzung für Frauen der CDU kam von Maria Müller, der damaligen Vorsitzenden der FU Köln, vor ca. 40 Jahren. Schnell entwickelte sich unsere Sitzung zum Riesenerfolg und zum Netzwerktreffen von FU-Frauen aus ganz Nordrhein-Westfalen, die nach wie vor in großen und kleinen Gruppen anreisen und in den Sartory Sälen „Fastelovend“ (Karneval) feiern.

Ich durfte 1992 zum ersten Mal im Elferrat, der ebenso wie die Präsidentin der Sitzung aus den Reihen der Frauen Union stammt, mitmachen. Damals wie heute bin ich immer noch begeistert, wenn 1400 jecke Frauen aus dem ganzen Land ausgelassen mit den Größen des Kölner Karnevals feiern.

Auch Ehrengäste aus Politik, Kirche und Gesellschaft kommen jährlich gerne, so wie unsere NRW Vorsitzende und Staatssekretärin Ingrid Fischbach MdB und 2017 zum ersten Mal eine Abordnung des FU Bundesvorstands.

Foto: Bianca Seeger

Foto: Frauen Union Köln

Eine Besonderheit bei unserer Mädchensitzung ist das sogenannte „Ställchen“, ein Tisch für männliche Ehrengäste, die handverlesen eingeladen werden und so zahlreich erscheinen, dass nicht jeder einen Sitzplatz bekommt und dann auch noch großzügig spenden muss.

Die Kosten für unsere Sitzung sind ohne Spenden nicht zu decken, denn wir wollen mit einem moderaten Eintrittsgeld, das weit unter den üblichen Preisen der Kölner Karnevalsgesellschaften liegt, möglichst vielen Frauen die Teilnahme unabhängig vom Geldbeutel ermöglichen. Die gesamte Organisation erfolgt ehrenamtlich durch den Vorstand der FU Köln. Nächster Termin ist der 23. Januar 2018, um 15:00 Uhr in den Sartory Sälen in Köln. Kartenbestellungen nehmen wir gerne unter „Frauenunion@gmail.com“ entgegen.

Gisela Manderla MdB ist Vorsitzende
der Frauen Union der CDU Köln

frau & info

Die Netzwerkerin

Dass ich aus dem Rheinland komme, das hört man – und das ist auch gut so. Ich mag es ja auch, wenn ich hören kann, woher eine oder einer ist. Ja und als Rheinländerin und praktizierende Karnevalistin wurde ich oftmals von den Frauen im Bundesvorstand auf den rheinischen Karneval angesprochen. Da lag es nahe, dass ich vorschlug, dass die Damen (teilweise auch mit Gefolge, also mit Anhang) mal zu einer Mädchensitzung der Frauen Union Köln kommen. Dort wird nett und gepflegt gefeiert und das Programm ist eine Wucht. Das macht die Frauen Union Köln seit vielen Jahren hervorragend. Im Oktober 2016 habe ich die Frauen angefragt und so konnte ich ein gutes Dutzend Frauen werben, nach Köln zum Karneval zu kommen. Wir bereiteten uns in der Gruppe ein bisschen vor: Übernachtung planen, Kostüm diskutieren und vor allem immer ALAAF rufen – nix anderes! Am 8. Februar trafen wir uns dann mittags im Traditionsbrauhaus Päffgen, das gleich neben dem Sartory liegt, um eine solide Grundlage mit einem deftigen kölschen Mittagessen zu schaffen. Und natürlich musste die Flüssigkeitsaufnahme-Bestellung bei unserem Köbes (Köbes = Kellner im Brauhaus) mit entsprechenden Dankesworten für bestellte Runden also mit kräftigem 3-mol Kölle-Alaaf eingeübt werden. So gut vorbereitet, fanden sich die Damen dann pünktlich zur Sitzung im Sartory ein und konnten ein abwechslungsreiches Programm mit toller Musik – und Tanzgruppen, Funkencorps, ausgezeichneten (auch politischen) Reden und natürlich dem Höhepunkt, das heißt den Einzug des Kölner Dreigestirns erleben. Hinterher wurde im Foyer des Sartory weitergefeiert und alle haben sich schon bei mir für nächstes Jahr wieder angesagt und wollen sogar Freundinnen mitbringen. Und wie es dann im Rheinland so ist: Das zweite Mal in 2018 wird es zur Tradition des Bundesvorstandes werden und ab dem dritten Mal ist es dann Brauchtum.

Carla Neisse-Hommelsheim ist stellv. Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands

Women20 Dialog

Mit dem Beginn der deutschen G20-Präsidentschaft am 1. Dezember 2016 startete auch der zivilgesellschaftliche frauenpolitische Dialog der Women 20 (W20). Der Deutsche Frauenrat und der Verband deutscher Unternehmerinnen wurden von der Bundesregierung beauftragt, diesen Prozess als offizielle Engagement Group im Rahmen der deutschen Präsidentschaft zu leiten. Zum nationalen W20-Dialogforum hatten der Deutsche Frauenrat (DF) und der Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU) ihre Mitglieds- und befreundeten Verbände eingeladen. In drei Arbeitsgruppen zu den Schwerpunktthemen - Inklusion auf dem Arbeitsmarkt - Finanzielle Inklusion - Digitale Inklusion diskutierten die Teilnehmerinnen über die bestehenden Herausforderungen. Ziel ist es, dass Frauen ihr wirtschaftliches Potential voll ausschöpfen können und so zur Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft beitragen können. Im Bild: Die Vorsitzende des DF mit den stellv. FU-Vorsitzenden Ingrid Petzold und Carla Neisse-Hommelsheim.

Impressum
Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070-452 · Telefax 030 22070-439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 802-0 · Telefax 02226 802-111 · Telefon Vertrieb 02226 802-213 · Geschäftsführer: Rudolf Ley · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,– Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse KölnBonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Postbank Köln (IBAN DE67370100500193795504, BIC PBNKDEFFXXX) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

Union Betriebs GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach
Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · G 2977 E

FU!

Frau & Politik ist die Zeitschrift der Frauen Union der CDU.

DAS FRAU & POLITIK-ABO
JETZT BESTELLEN
FÜR NUR
15,– EURO
IM JAHR

☐ **Ja, ich bestelle ein Abonnement der Frau & Politik zum Preis von 15,– Euro im Jahr.**

Das Abonnement ist jederzeit kündbar.

Senden Sie bitte Ihre Bestellung per Post an die

Union Betriebs-GmbH
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach

CDU-Verband oder

Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Land

Datum, Unterschrift

Die **Frauen Union der CDU** hat immer wieder Veränderungen in der Politik angestoßen und durchgesetzt.

Sie ist Wegbereiterin für junge Frauen und Netzwerk der erfahrenen Frauen.

Seit über 60 Jahren informiert Frau & Politik politisch denkende und handelnde Frauen über aktuelle politische Ereignisse, Standpunkte und Hintergründe.

Neue Abonnentinnen erhalten drei Ausgaben kostenlos.
Frau & Politik erscheint in sechs Ausgaben pro Jahr.

▶ Haben Sie noch Fragen?
Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns eine E-Mail. Unsere Mitarbeiterin Elke Linstaedt ist Ihnen sehr gern behilflich.
Telefon: 02226 802213
E-Mail: elke.linstaedt@ubgnet.de

CDU